

Zum Haushaltsplan 2018

Der Haushaltsplan 2018 konnte wieder rechtzeitig in der letzten Sitzung der Grimmener Stadtvertretung 2017 beschlossen werden. Damit kann die untere Rechtsaufsichtsbehörde, die Kreisverwaltung, zügig über dessen Genehmigung entscheiden und damit die Gewährleistung der Arbeitsfähigkeit der Stadtverwaltung auf den Weg bringen.

Der Plan ist zwar wieder (wenn auch weniger als in den vergangenen Jahren) defizitär, es ist aber sehr schwer einzuschätzen inwieweit dies im Jahresverlauf so bleibt, da uns noch die Erfahrungswerte zur neuen Planungsmethode der Finanzverwaltung der Stadt fehlen. Erste Aussagen dazu können erst mit dem Haushaltabschluss 2017 gemacht werden, denn in diesem Jahr wurde sie erstmals angewandt. Deshalb hat unsere Fraktion zwar zugestimmt, aber deutlich gemacht, dass, wenn er vielleicht Ende des Frühjahrs vorliegt, noch einmal nachjustiert werden muss. An dieser Stelle sei auch einmal gesagt, dass die Grimmener Stadtverwaltung bei der Jahresabrechnung vorbildlich arbeitet und diese um Längen schneller vorlegen kann als in anderen Kommunen.

Durchgefallen ist in der Stadtvertretung die Absicht der Verwaltung, die Grund- und Gewerbesteuern kräftig anzuheben und dies mit Änderungen der Landesgesetzgebung beim Finanzausgleichsgesetz begründete, da sonst Ausfälle in Finanzzuweisungen bedeuten zu erwarten wären. Nicht überzeugend genug für die Stadtvertreter der CDU, die dies komplett ablehnten, auch weil sie höhere Steuereinnahmen von den Grimmener Unternehmen erwarten. – Wenn dieser Wunsch der CDU-Fraktionäre einträfe, würde dies allerdings sofort weniger Landesausgleichsmittel bedeuten, womit sich die berühmte Katze mal wieder in den eigenen Schwanz gebissen hätte.

Unsere Fraktion sieht die Problematik der geänderten Landesgesetzgebung durchaus als richtig an, ist aber der Auffassung, dass die Folgen davon erst 2020 zum Tragen kommen werden. Eine stufenweise Anpassung der Steuersätze wäre deshalb besser und wird sicher in der Zukunft nicht zu umgehen sein.

Der geplante Abriss der alten Ziegelei verzögert sich weiter, die dazu vorgesehenen Mittel wurden in den neuen Haushalt übertragen.

Als wichtigste Investitionsvorhaben 2018 unserer Stadt sind zu nennen: Der Abschluss oder die Weiterführung der Vorjahresinvestitionen zur Erweiterung der Neubauer-Schule, der Sanierung des Verwaltungsgebäudes Haus III und der Baugebietserschließung an der v. Hohmeyerstr. Planungen sollen begonnen werden für Straßenarbeiten am Bahnhofsvorplatz und der Orenburger Str. sowie Arbeiten an der Koch-Schule. In Grellenberg wird innerorts die Straße erneuert werden, genau wie der Gehweg auf einer Seite der Jahnstraße.

Auch auf dem Stockcargelände sind für 85000 € Investitionen geplant.

Ob die Gutsgold-Ruinen erworben werden können, um diesen Schandfleck zu beseitigen ist derzeit noch unklar, vorsorglich sind aber hierfür Gelder eingeplant worden. Dazu muss gesagt werden, dass der Erwerb nicht ohne Risiko ist, weil auf dem Gelände nicht unerhebliche Altlasten lauern können.

Aber auch so erinnert die Handlungsweise der Verkäufer und Mitinteressenten ein wenig an übles Spekulantentum.

Eine breite Mehrheit fand das Vorhaben in einer besonderen Veranstaltung, das ehrenamtliche Engagement in unserer Stadt zu würdigen und auch dafür Mittel einzuplanen. Andere Kommunen nutzen dazu übrigens ihre Neujahrsempfänge. Bei den sogenannten freiwilligen Leistungen mahnte die Stadtverwaltung dringend an Kürzungen vorzunehmen. Unsere Fraktion ist hier der Auffassung das sicherlich auf einzelne Punkte geachtet werden muss, so auf hohe Ausgaben bei der Grünflächenpflege und bei Einnahmemöglichkeiten im Treffpunkt Europas, aber insgesamt ein Teil der als freiwillige Leistung bezeichneten Posten eigentlich Pflichtaufgaben der Kommunen sind.

Zum Schluss noch diese Worte:

Über die Folgen von Gesetzesänderung zu lamentieren und auf andere zu zeigen, steht den Verantwortlichen unserer Stadt eigentlich überhaupt nicht zu, denn während die Vertreter vieler anderer Kommunen sich gemeinsam beim Prozess der Erarbeitung des neuen Finanzausgleichsgesetzes aktiv in Gesprächsrunden, über den Landkreis oder den Städte- und Gemeindetag einbrachten, glänzten unsere durch Abwesenheit und man hörte nichts von ihnen. Dieses Desinteresse zeigt sich besonders beim Bürgermeister, der bei den Stadtvertretungsversammlungen so gut wie nie zu sehen ist obwohl dies zu seinen Aufgaben gehört. Und das in einer Stadt die wichtigste Weichenstellung für die Arbeit der Verwaltung, der Haushaltsplan nicht vom Stadtoberhaupt sondern von seinem Vertreter unterzeichnet wird, dürfte ein ziemliches Alleinstellungsmerkmal unserer Stadt sein.